

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Imke Byl, Julia Willie Hamburg, Christian Meyer und Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz namens der Landesregierung

Welche Maßnahmen plant die Landesregierung zur akuten Senkung des niedersächsischen Energiebedarfs? (Teil 1)

Anfrage der Abgeordneten Imke Byl, Julia Willie Hamburg, Christian Meyer und Detlev Schulz-Hendel (GRÜNE), eingegangen am 27.04.2022 - Drs. 18/11139
an die Staatskanzlei übersandt am 28.04.2022

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz namens der Landesregierung vom 11.05.2022

Vorbemerkung der Abgeordneten

„Angesichts der möglichen Folgen für die Energieversorgung Niedersachsens durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und der zeitnahen Realisierung eines LNG-Terminals in Niedersachsen hat der Niedersächsische Energieminister Olaf Lies heute die Einsetzung von zwei Ad-hoc-Taskforces veranlasst. Die Taskforce ‚sichere Energieversorgung‘ wird sich mit den Fragen der Versorgungssicherheit Niedersachsens und den notwendigen energiepolitischen Folgen aus dem Ukraine-Konflikt beschäftigen. Die Taskforce ‚LNG Wilhelmshaven‘ soll seitens der Landesregierung die Planung, Genehmigung und Umsetzung der aktuell diskutierten Green-Gas-Ready LNG-Projekte unterstützen“, heißt es in einer Pressemeldung des niedersächsischen Umweltministeriums vom 1. März 2022.

Vorbemerkung der Landesregierung

Spätestens seit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine steht außer Frage, dass sich Deutschland und damit auch Niedersachsen nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes unabhängig von fossilen Energien machen müssen. Der Krieg hat die Frage der Versorgungssicherheit und des erforderlichen Weges zu einer treibhausgasneutralen, freien und unabhängigen Energieversorgung noch einmal verstärkt in den Blickpunkt gerückt. Die Abhängigkeit von Importen aus Russland verlangt dabei eine deutliche Beschleunigung der Energiewende nicht nur zum Erreichen der in Paris vereinbarten Klimaziele. Die Landesregierung setzt sich überdies mit Nachdruck dafür ein, dass die Resilienz der Gasversorgung gestärkt wird, indem die Gasversorgung durch den Aufbau von Green-Gas-Ready-Importmöglichkeiten für Liquefied Natural Gas (LNG) an niedersächsischen Häfen diversifiziert wird.

Wir stehen vor der massiven Herausforderung, den Klimawandel zu begrenzen und die Energieversorgung schnellstmöglich klimaneutral zu gestalten. Dabei gehören Energiesparen, wie auch der Ausbau der erneuerbaren Energien, der Aufbau von GreenGasReady-Importmöglichkeiten und die Steigerung der Energieeffizienz nicht erst seit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine zu den Zielen der Landesregierung. Diese verfolgt die Landesregierung mit Nachdruck weiter. Jeder Fortschritt dabei wird dazu beitragen, das Ziel einer freien, unabhängigen und im Ziel treibhausgasneutralen Energieversorgung zu erreichen.

1. Wie häufig haben sich die beiden Taskforces seither jeweils getroffen (bitte jeweils Datum, Teilnehmende und Themen der Treffen aufführen)?

Die Taskforce „Sichere Energieversorgung“ hat zum Ziel, die aktuelle Lage zur Versorgungssicherheit sowie die Preisentwicklung am Energiemarkt zu beraten und mögliche Folgen zu identifizieren. Die Taskforce hat am 10.03.2022 und am 07.04.2022 getagt. Themen waren die Versorgungslage mit Gas, Öl und Kohle sowie die jeweilige Situation bezüglich der Energiepreise. Die teilnehmenden Verbände, Energieversorger, Unternehmen und Gewerkschaften haben ihre jeweilige Situation erläutert (Übersicht über teilnehmende Institutionen s. **Anlage**). Daran anschließend wurden gesetzliche Hintergründe erläutert sowie Handlungsbedarfe und Optionen beraten. Identifizierte Handlungsbedarfe und Optionen werden in Bund-Länder-Gremien mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und der Bundesnetzagentur eingebracht und diskutiert.

Die Taskforce „LNG-Wilhelmshaven“ hat am 14.03.2022 getagt. Mit den Projektträgern und Genehmigungsbehörden sowie den maßgeblichen lokalen Akteuren wurde der Sachstand der Planungen zum Ausbau der LNG/SNG-Infrastruktur in Wilhelmshaven beraten (Übersicht über teilnehmende Institutionen s. Anlage). Aufgrund der weiteren dringlichen Entwicklung wurde zur kurzfristigen Realisierung einer FSRU/LNG-Infrastruktur bis zum Winter 2022/23 ein Lenkungsausschuss gegründet. Dieser koordiniert sehr eng die Planungen und Abläufe zwischen den Projektträgern und Genehmigungsbehörden und tagt seitdem wöchentlich (31.03., 07.04., 14.04., 21.04., 28.04., 06.05.).

2. Welche Ergebnisse hat die Taskforce zu Sicherung der niedersächsischen Energieversorgung erarbeitet (bitte jeweils angeben, inwiefern die Ergebnisse bereits umgesetzt sind bzw. bis wann eine Umsetzung geplant ist)?

Insbesondere werden mit der Taskforce „Sichere Energieversorgung“ Informationen sowie Berichte zur Lageeinschätzung ausgetauscht. Die dabei identifizierten Handlungsbedarfe der einzelnen Branchen werden in Bund-Länder-Gremien mit dem BMWK und der Bundesnetzagentur (BNetzA) eingebracht und diskutiert. Weiterhin finden diese Berücksichtigung in diversen politischen Beratungen.

Die Energieversorgung in Deutschland und Niedersachsen ist derzeit gesichert. Das Vorgehen im Falle einer Gasmangellage wird durch den Notfallplan Gas geregelt, der auf der europäischen Verordnung über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung (EU) 2017/1938 (SoS-Verordnung) basiert. Der Notfallplan Gas sieht drei Krisenstufen vor: Frühwarnstufe - Alarmstufe - Notfallstufe. Die Ausrufung der jeweiligen Krisenstufe obliegt der Bundesregierung.

Die am 30.03.2022 vom BMWK ausgerufene Frühwarnstufe dient im Wesentlichen der Sensibilisierung und Informationsbeschaffung. Unter Leitung des BMWK wurde zudem ein Krisenteam Gas eingerichtet, an dessen Sitzungen auch Niedersachsen teilnimmt. Primäre Aufgabe ist das kontinuierliche Monitoring der Lage.

Sollte es zu einer Gasmangellage kommen und die Bundesregierung in der Folge die Notfallstufe ausrufen, käme das Energiesicherungsgesetz (EnSiG) zur Anwendung. Die BNetzA würde in der Folge Bundeslastverteiler und hätte über die Gasverteilung in Deutschland zu entscheiden. Vorrang bei der Gasversorgung hätte im EnSiG-Fall die Belieferung der sogenannten geschützten Kunden sowie der systemrelevanten Gaskraftwerke. Die geschützten Kunden sind in § 53 a Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) definiert. Dazu gehören neben Haushaltskunden, grundlegenden sozialen Diensten sowie Fernwärmanlagen, soweit sie Wärme an Haushaltskunden oder grundlegende soziale Dienste liefern, auch Betriebe, bei denen standardisierte Lastprofile anzuwenden sind.

Derzeit bereitet sich die BNetzA im engen Austausch mit der Bundesregierung und den Bundesländern präventiv auf den Fall einer möglichen Verschlechterung der Gasversorgungslage vor. Als wesentlichen Bestandteil der Vorbereitung führt die BNetzA derzeit eine umfassende Datenerhebung bei großen Letztverbrauchern von Gas durch. Die Datenabfrage hat zum Ziel, die Auswirkungen etwaiger Versorgungsreduktionen oder Abschaltungen in allen Branchen und Unternehmen zu erfassen. Die erhobenen Daten sollen in der Notfallstufe für den individuellen Abwägungsprozess der BNetzA zur Versorgungsreduktion der nicht geschützten Kunden Anwendung finden.

3. Welche zusätzlichen Maßnahmen ergreift die Landesregierung angesichts des russischen Angriffskriegs, um den Energieverbrauch in Niedersachsen zu senken?

Für die Landesregierung hat Energieeinsparung schon seit Langem eine hohe politische Priorität. Der Krieg in der Ukraine macht deutlich, dass wir Energie sparen müssen, um von Energieimporten unabhängiger zu werden: durch Energiesparen, energetische Gebäudeoptimierung und die konsequente Nutzung erneuerbarer Energien. Das Land Niedersachsen fördert seit Langem Maßnahmen zur CO₂-Minderung, Energieeinsparung und Nutzung erneuerbarer Energien: <https://www.nbank.de/F%C3%B6rderprogramme/Aktuelle-F%C3%B6rderprogramme/>.

Energie- und Umweltminister Lies hat die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen außerdem bereits dazu aufgerufen, Energie zu sparen. Im Haus und in einer Wohnung kann viel Energie eingespart werden - mit kleinen Maßnahmen und großen Wirkungen. Ob nun beim Heizen, Stromsparen oder bei der Gebäudeoptimierung. Aber auch im Bereich der Mobilität wird es zu einem veränderten Verhalten kommen müssen.

Flankierend hat die Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (KEAN) deshalb auch Energiespartipps zusammengetragen: <https://www.klimaschutz-niedersachsen.de/themen/klimaschutz/Energiesparen.php>.

Für Hauseigentümerinnen und -eigentümer in Niedersachsen gibt es eine Reihe von Beratungsangeboten zu verschiedenen Themen der energetischen Sanierung und zur Nutzung von erneuerbaren Energien.

Kommunen haben einen erheblichen Einfluss auf die Treibhausgasemissionen und den Energieverbrauch in ihrem Gebiet. Das Thema Klimaschutz betrifft fast alle kommunalen Aufgabenbereiche, von der Verkehrsplanung über die Genehmigung von Baugebieten oder den Betrieb kommunaler Liegenschaften bis hin zur Beschaffung. Die Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen bietet den Kommunen Informationen und Unterstützung bei der Planung und Umsetzung von Klimaschutzaktivitäten an.

Gerade Unternehmen spielen eine bedeutende Rolle: als Verbraucher von Ressourcen und Energie, aber auch als Multiplikator für ihre Beschäftigten. Viele Unternehmen haben erkannt: mit Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien richten sie ihr wirtschaftliches Handeln wettbewerbsfähig und nachhaltig aus.

Neben der konsequenten Stärkung der Energieeffizienz bleibt der Ausbau der erneuerbaren, insbesondere der Wind- und Solarenergie, der zentrale Schlüssel hin zu einer nachhaltigen Energieversorgung.

Verteiler Task Force „LNG Wilhelmshaven “
NLWKN
GAA Oldenburg
Stadt Wilhelmshaven
EWE
Open Grid Europe
TES
Uniper
NWO WHV
NPorts
Nds. Wirtschaftsministerium
LK Friesland
LK Wittmund
Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband Jade e.V.
Stadt WHV Wirtschaftsförderung
IHK Oldenburg
Wilhelmshavener Hafenwirtschaftsvereinigung e.V

Verteiler Task Force „Sichere Energieversorgung“ Sitzung am Donnerstag, den 10.03.2022, 9.30 bis 11.30 Uhr
LEE
EWE
Volkswagen AG
Stadtwerke Osnabrück
Enercity
VKU
Tennet
NSGB
NST
NLT
Storag Etzel
Amprion
Open Grid Europe
BS-energy
Avacon
Niedersachsenmetall
Salzgitter AG
Unternehmerverbände Nds.
GMH Gruppe
Thyssengas
BDEW Norddeutschland
VEA
Chemie Nord
DGB
IG BCE
BVEG
Nordenhamer Zinkhütte